

Nr. 19/909

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1127](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1244](#))

2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden

Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. September 2017
(Drucksache [19/1235](#))
1. Lesung

3. Mülltourismus im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1453](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1544](#))

4. Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Dezember 2017
(Drucksache [19/1456](#))

5. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1458](#))

6. Zukünftige Trassenführung der B 6n

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1460](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1545](#))

7. Bessere medizinische Versorgung in benachteiligten Stadtteilen: Neue Wege in der kommunalen Gesundheitspolitik, zum Beispiel durch Stadtteilgesundheitszentren, prüfen und einschlagen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1486](#))

8. Kommt der Senat bei der wirksamen Bekämpfung und Prävention von Armut voran?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1490](#))

9. Anreise von Gästefans bis vor die Westkurve ermöglichen – Fantrennung bei Risikospielen verbessern

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1537](#))

Nr. 19/910

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Verantworten statt rüffeln – Bildungsministerin muss mit Mängeln transparenter umgehen“

Nr. 19/911

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 21. Februar 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Volksentscheid zur Verlängerung der Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft

Mitteilung des Senats vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1342](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

2. Aufstiegsfortbildung stärker mit Studium gleichstellen – „Meisterprämie“ im bremischen Handwerk einführen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 24. Januar 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1439](#) vom 6. Dezember 2017)
(Drucksache [19/1497](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

3. Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1478](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Entwicklungen auf dem regionalen Ausbildungsmarkt transparent darstellen
Jugendliche gut in Ausbildung und Berufsfindung beraten – dafür braucht Bremen aussagekräftigere Statistiken bei der Bundesagentur für Arbeit
Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1479](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
5. Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutz-Grundverordnung (BremDSGVOAG)
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1501](#))
1. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
6. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1502](#))
1. Lesung
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
7. Bericht zum Umsetzungsstand der geforderten Bundesratsinitiative zur gesetzlichen Absicherung eines Rechtsanspruchs auf Beratung, Begleitung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche im SGB VIII bei sexueller Gewalt
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1508](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
8. 39. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 10. März 2017
(Drucksache [19/972](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 39. Jahresbericht Kenntnis.
9. Stellungnahme des Senats zum 39. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
Mitteilung des Senats vom 29. August 2017
(Drucksache [19/1213](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.

10. 39. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und Stellungnahme des Senats
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 5. Februar 2018
(Drucksache [19/1510](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
11. 11. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 10. März 2017
(Drucksache [19/973](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 11. Jahresbericht Kenntnis.
12. Stellungnahme des Senats zum 11. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 29. August 2017
(Drucksache [19/1214](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.
13. 11. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und Stellungnahme des Senats
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 5. Februar 2018
(Drucksache [19/1511](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
14. Sozial ungerecht, zu teuer und rechtspolitisch bedenklich: Modellprojekt umsetzen, auf Ersatzfreiheitsstrafen verzichten!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1520](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichtserstattung an den Rechtsausschuss.
15. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 26
vom 9. Februar 2018
(Drucksache [19/1523](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
16. Solidarität mit den Menschen in der Westsahara und in Tibet zeigen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1531](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit wie folgt zu:
Am 26. Februar 2018 wird das Haus der Bürgerschaft mit der Flagge der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) beflaggt.
Am 10. März 2018 wird das Haus der Bürgerschaft mit der Flagge Tibets beflaggt.

17. Keine Taten ohne Daten! Für eine kontinuierliche kommunale Gesundheitsberichtserstattung

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1538](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

18. „Schwitzen statt Sitzen“ zur Pflicht machen – verpflichtende gemeinnützige Arbeit vor Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe

Antrag der Fraktion der FDP
vom 16. Februar 2018
(Drucksache [19/1540](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 19/912

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2017
(Drucksache [19/939](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/913

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage – Internationalen Frauentag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 1. März 2017
(Drucksache [19/959](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Nr. 19/914

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage – 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. März 2017
(Drucksache [19/967](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Nr. 19/915

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 12. Februar 2018
(Drucksache [19/1524](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Nr. 19/916

Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Sozialbetrugsverdacht“

vom 31. Januar 2018
(Drucksache [19/1509](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Sozialbetrugsverdacht“ Kenntnis.

Nr. 19/917

Menschen entlasten – Zeitumstellung auf europäischer Ebene abschaffen

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 2018
(Drucksache [19/1539](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich im Einklang mit dem Beschluss des Europäischen Parlamentes für die Abschaffung der Zeitumstellung und die Einführung einer möglichst viele EU-Staaten umfassenden, einheitlichen und ganzjährig geltenden Zeitregelung aus und sieht die Bundesregierung in der Pflicht, sich für dieses Anliegen auf europäischer Ebene einzusetzen. Ein nationaler Alleingang ist auszuschließen.

Nr. 19/918

Zeitumstellung abschaffen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1434](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/919

Psychotherapeutische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1201](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

- a) dass die sozialrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass eine psychotherapeutische Versorgung, die mehrsprachig und kultursensibel ausgerichtet ist – auch im Rahmen der Sonderbedarfsförderung – verstärkt angeboten werden kann. Das Kriterium der Sprachen- und Kulturkompetenz muss insbesondere für den psychotherapeutischen Bereich berücksichtigt werden, um einer Unterversorgung der betroffenen Bevölkerungsgruppen entgegen zu wirken.
 - b) dass eine bundeseinheitliche Regelung für die Übernahme der notwendigen Dolmetscherkosten für die psychotherapeutische Behandlung im Rahmen der Angebote von kommunal finanzierten oder aus Landesmitteln finanzierten Beratungsstellen erarbeitet wird.
2. auf Landesebene die Möglichkeit der Fort-, bzw. Ausbildung im Bereich Psychotherapie nach einer Anerkennung eines im Ausland erworbenen Abschlusses als Ärztin oder Arzt noch besser bekannt zu machen und gegebenenfalls bestehende Hürden in der Umsetzung zu beseitigen.
 3. der Bürgerschaft (Landtag) bis Sommer 2018 zu berichten.

Nr. 19/920

Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. August 2016
(Drucksache 19/712)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/921

Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1206)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.